

Innsbruck, 11. Dezember 2011

Wir sind die 99 Prozent!

EU-Fundamentalisten beschließen Fiskal-Union – wurden die Bürger um ihre Zustimmung gefragt?

In der Einschätzung des EU-Gipfels am 8. Dezember in Brüssel sind sich die allermeisten Regierungschefs und Analysten einig, mit den Beschlüssen wurde der Einstieg in eine Fiskal-Union – als erster Schritt zu einer EU-Wirtschaftsregierung – gemacht.

Man hat wieder die altbekannte listige Methode gewählt, um am Souverän vorbei zum Ziel zu gelangen. Vorher erklärt man, dass ein Volksentscheid nicht notwendig sei („*Nur bei der Installation einer EU-Wirtschaftsregierung muss darüber abgestimmt werden*“ ; Werner Faymann, am 10.12.2011) und wenn die Wirtschaftsregierung dann installiert ist, argumentieren unsere Brüssel-hörigen Politiker, es sei schon alles EU-weit beschlossen, eine nationale Volksabstimmung sein nicht mehr möglich.

Die Bürger werden nach Art der Salami taktik vor vollendete Tatsachen gestellt und somit betrogen. So schaut eine hinterhältige, scheindemokratische Politik aus.

Wir sind wütend!